



Universität Potsdam



Where the **military** studies?

Universität, Militär und Rüstungskonzerne – Ein Überblick



Universität Potsdam: Ort zivilmilitärischer Zusammenarbeit

Ohne dass es groß bemerkt worden wäre, wurde an der Universität Potsdam ein besonderer Bereich im Hochschulprofil ausgebaut: Der Bereich sozialwissenschaftlicher Militärforschung.

Die „Meilensteine“ dieser Entwicklung:

1996 wird für Militärgeschichte eine Stiftungsprofessur des Verteidigungsministers eingerichtet, die Universität spricht von »unabhängige[r] Erforschung von Militärgeschichte«¹

2002 wird in Anwesenheit des NATO-Generalsekretärs und des Verteidigungsministers ein neues Forschungszentrum zu Fragen der transatlantischen Sicherheits- und Militärpolitik eröffnet. Es soll »einen Beitrag dazu leisten, die strategischen Interessen der Atlantischen Gemeinschaft im 21. Jahrhundert zu umreißen und die Prioritäten der deutschen, europäischen und amerikanischen Sicherheitspolitik neu zu definieren«²; es scheitert aber an fehlender (finanzieller) Unterstützung.

2004 unterzeichnen das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr und die Universität Potsdam einen Kooperationsvertrag.

2007 startet der Masterstudiengang "Military Studies", zu Hälfte getragen durch die Bundeswehr.

2009 wird das „Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit“ (BIGS) gegründet; das Institut gehört mehrheitlich zu einem An-Institut der Universität Potsdam. Drittmittel kommen aus der Rüstungsindustrie. Vertreter derselben sitzen deshalb auch im Verwaltungsrat.

Zusammengefasst: Es gibt in Potsdam eine wachsende zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ), sowohl in Lehre (im Studiengang „Military Studies“) als auch Forschung (im BIGS).

Zivil-militärische Zusammenarbeit: Militarisierung 2.0

Das "Weißbuch" der Bundeswehr empfiehlt die »Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, huma-

nitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung³. ZMZ hat damit zur Folge, Militär als ein Instrument bei Krisen und Konflikten grundsätzlich zu akzeptieren („integrieren“) und dementsprechend einen pazifistischen Standpunkt, der dies ablehnt, zu verwerfen. Krisen und Konflikte auch auf die militärische Art anzugehen wird wieder normal.

Und geht es nach einer namhaften Sozialforscherin, dann sollen der Bevölkerung auch »konservative Werte wie Disziplin, Gehorsam, Patriotismus, Nationalgefühl [...] in ihrer Lebensnotwendigkeit und Notwendigkeit zur Existenzsicherung⁴ vermittelt werden. Hier wird schon deutlich, wie insbesondere Sozialwissenschaften für militärische Interessen eingesetzt werden können.

Kriegsgrund 2.0? Sozialwissenschaft für militärische Interessen

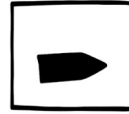
„Militärforschung“ klingt nach der Erforschung neuer Waffen, nach Physik und Mathematik, Biologie und Chemie. Aber in einer Gesellschaft, in der Kriege jahrzehntelang immer von anderen Ländern ausgingen und von der Bevölkerung grundsätzlich kritisch betrachtet werden, ist es wichtig, sich die Voraussetzungen für den Einsatz der Ergebnisse naturwissenschaftlicher Militärforschung anzuschauen: Soll Krieg geführt werden, muss ein allgemein akzeptierter Kriegsgrund her. Hier sind es sozialwissenschaftliche Analysen, die einen solchen Grund liefern oder zumindest untermauern helfen können.

Das kann gerade auch durch Sicherheitsforschung geschehen, die sich mit Deutschlands Gesellschaft beschäftigt: Erscheint die innerdeutsche Bedrohung durch internationalen Terrorismus nur groß genug, wünschen sich viele Menschen wohl von selbst, das Problem „an der Wurzel zu packen“: Indem die Terroristen schon im

»Es geht nicht an, dass [...] die Sozialwissenschaften als ‚weiche Wissenschaften‘ denen überlassen werden, denen militärische Werte an sich ein Ärgernis sind, [...] weil sie missbraucht wurden und in ihrer Lebensnotwendigkeit und Notwendigkeit zur Existenzsicherung nicht verstanden werden.«⁴

Elisabeth Noelle-Neumann,
Sozialwissenschaftlerin

Herkunftsland bekämpft werden. Die Folge ist ein Einsatz, also „sichere“ Arbeitsplätze bei der Bundeswehr und mehr Aufträge für die Rüstungsindustrie. Gleichzeitig besteht aber immer die Gefahr, dass dennoch Terroristen über die Grenzen gelangen, denn als Einzeltäter



sind sie schwer zu fassen. Das bedeutet, mehr für die innerdeutsche Sicherheit zu tun. Wie wäre es zum Beispiel mit Drohnen? Auch das bedeutet mehr Aufträge für die Rüstungsindustrie.

Und wenn das Bedrohungsszenario groß genug ist, dann gibt es „für die Sicherheit“ auch mal den Einsatz der Bundeswehr im Inneren⁵. Wiederum sichere Arbeitsplätze bei der Bundeswehr.

Sozialforschung kann an der Stelle auch noch weitermachen: Für eine Bundeswehr im Einsatz braucht es Menschen, die sich rekrutieren lassen. Militärsoziologie kann hier evaluieren helfen, wie attraktiv die Bundeswehr ist, gerade auch für weiblich Sozialisierte oder Menschen mit Migrationshintergrund. Wie ergeht es ihnen in der Bundeswehr, was lässt sich verbessern?

Generell lässt sich mit organisationssoziologischen Fragestellungen die gesamte Arbeitsweise der Bundeswehr untersuchen und verbessern. Für eine Truppe, die noch „effektiver“ ist.

Noch bedenklicher ist es – und außerdem weitaus wahrscheinlicher – wenn das alles unabhängig voneinander und mit dem Glauben, "Gutes" zu tun, geschieht: Dann gibt es nämlich keine geplante Verschwörung einiger weniger, sondern eine tatsächliche, unbewusste Militarisierung quer durch die Gesellschaft.

Doch anstatt weiterhin Horrorszenarien in den dunkelsten Farben zu malen, soll diese Broschüre im Folgenden der Frage nachgehen, wie die zivil-militärische Zusammenarbeit an der Universität Potsdam genau aussieht, ob sie diesen dystopischen Szenarien entspricht – oder nicht, oder auch nur zum Teil.



„Military Studies“: Ausbildung für die Bundeswehr?

Der Masterstudiengang „Military Studies“ befasst sich mit den Spezialdisziplinen Militärgeschichte und Militärsoziologie. Das an sich heißt noch nichts Schlechtes; es lässt sich sicher über viele kritische Fragestellungen innerhalb dieser Disziplinen lehren und forschen.

Doch können wir prinzipiell mit kritischer Lehre rechnen, wenn die Bundeswehr involviert ist?

Der Studiengang hat 4 Träger, neben den Lehrstühlen für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt und für Allgemeine Soziologie seitens der Universität gehören dazu seitens der Bundeswehr das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) und das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SoWi). In mindestens einem Fall kam zudem ein Dozent von der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation.

Lange Zeit waren auf der Homepage des Studienganges acht Institutionen aufgelistet, zu denen Kontakt besteht und ein Praktikum vermittelt werden kann. Vier davon sind Teil der Bundeswehr, eine

Institution ist eine ihr übergeordnete Weiterbildungsstätte und eine weitere gerät zunehmend in Kritik wegen intransparenter Beziehungen zum Militär.⁶

Ein Studienziel ist, dass Absolvierende die entsprechenden fachlichen Zusammenhänge in »Politik, Medien und Kultureinrichtungen [...] vermitteln«⁷ können. Angesichts der Träger und der unmittelbaren Praktikumsangebote stellt sich die Frage: Aus wessen Perspektive sollen hier eigentlich Zusammenhänge vermittelt werden?

Diese Rezeption der Studienordnung bzw. -Homepage ist freilich etwas einseitig. So steht doch auch in der Studienordnung, dass Studierenden »der Konstruktcharakter historischer Erkenntnis [...] bewusst werden« soll.

Was nach dekonstruktiver kritischer Wissenschaft klingt, wird allerdings konterkariert, wenn in Modulbeschreibungen die Vermittlung von Kenntnissen zu Konstrukten wie die "Herausforderungen der Weltgemeinschaft" zum Ziel gesetzt werden.⁸

Fakt ist, dass (auch) die Themen von Bundeswehr-Seminaren eng mit den Forschungsthemen der Dozierenden verbunden sind. Was in jedem anderen Studiengang als Beispiel von Expertise in der Lehre als wünschenswert gelten kann, muss hier bedenklich stimmen: Schließlich ist die »Forschungsplanung des [beteiligten SoWi-] Instituts nicht frei, sondern orientiert sich überwiegend am Erkenntnis- und Unterstützungsbedarf des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr«.¹⁰

»Fundierte Kenntnisse über die Einstellungen und Belastungen der deutschen Soldatinnen und Soldaten sind vonnöten, um die Einsatz- und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr realistisch beurteilen zu können.«⁹
SoWi-Forschungsschwerpunkt
"Einsatzbegleitung"

Studierende von „military studies“ sind natürlich genauso unabhängig denkende Menschen wie alle anderen Studierenden auch. Weder müssen sie nach dem Studiengang zwangsläufig Kriege als normales Mittel der Konfliktbewältigung befürworten, noch eine militäri-

sche Karriere verfolgen.

Ihnen »steht eine Vielzahl von Berufsfeldern offen. Neben den klassischen Tätigkeitsfeldern in Medien, Hochschulen und Bildungseinrichtungen besteht auch bei Hilfsorganisationen, nationalen und internationalen Einrichtungen sowie in Verbänden und Firmen Bedarf an Mitarbeiter/innen.«⁸

Falls Krieg als "normal" verinnerlicht wurde, sind wir auch so dem Ziel des „Weißbuches“ (s. oben) ein Stück näher: Die »Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung«.³

Übrigens: Zu Rüstungskonzernen hat der Studiengang bzw. die ihn tragenden Institutionen anscheinend keine Verbindung, auch eine Kooperation mit dem BIGS (s. unten) gibt es nicht.

Mit dem Ende des Kalten Krieges befinden wir uns in einer gesellschaftlichen Situation, in der »das **Bedrohungsgefühl als Legitimation** der Bundeswehr völlig verschwunden« ist.«⁴

Das Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit

Es gibt einen Vorwurf, der dem BIGS sicher nicht gemacht werden kann: Mangelnde Transparenz. Schon in der Presseerklärung zur Institutsgründung¹¹ wurde vieles klar kommuniziert, unter anderem:

»Gesellschafter sind EADS, IABG und Rolls Royce Deutschland.«

Drei Rüstungskonzerne also, die sich über ihr neues Institut auch mächtig freuen: »Aus ihrer Sicht ist der Standort Potsdam mit dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr und der Nähe zur Bundespolitik ideal für die Diskussion mit Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Medien und Wissenschaft.« – Einflussnahme ist das offen kommunizierte Ziel.

Was hat das Institut nun mit der Uni zu tun? Auch hierüber werden wir gleich aufgeklärt: Das Institut »gehört mehrheitlich zur UP Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer GmbH, einem An-

Institut der Universität Potsdam.« Eine Konstellation, bei der das BIGS nicht direktes An-Institut der Uni ist. Als solches sollte es besser auch nicht verstanden werden, denn das »Institut ist auch ein

Debattierte Risiken und die Realität:

Von 174 Terroranschlägen innerhalb der EU im Jahr 2011 war kein einziger islamistisch motiviert. 2010 waren es 3 von 249 Anschlägen.¹²

weiterer Beweis für die gute Zusammenarbeit von Landesregierung und [Rüstungs-] Wirtschaft in Brandenburg.« Seltsam: Wir dachten, bei einem Institut geht es vor allem um Wissenschaft?!

Geht es doch, meint die Landesregierung, und erklärt: »Forschung und Lehre zielen auf Aspekte der Verbesserung der zivilen Sicherheit.«

Um diese Sicherheit verbessern zu können, braucht es erst einmal eine Bestandsaufnahme. Zum Beispiel im 4. „BIGS Standpunkt“ zum Thema „Risikokommunikation“, bei dem das Institut feststellen musste: »Dieses Risiko [des „Nuklearterrorismus“] wird in keiner Weise hinreichend kommuniziert.«¹³ In näherer Definition heißt es: »Das „Zurschaustellen“ von Positionen in Fernsehsendungen ist noch nicht die Art von Kommunikation, die wir dringend benötigen.« Vielmehr braucht es einen behördlichen »anlassunabhängigen Dialog über Risiken« und das, obwohl gleichzeitig klar gestellt wird, »dass dieser Nuklearterrorismus keine akute Bedrohung darstellt, sondern dass es sich um ein auf die Zukunft projiziertes Risiko handelt.«

Damit folgt das Institut Argumentationslinien von Sicherheitsbehörden wie EUROPOL. Dort heißt es beispielsweise in unmittelbarem Zusammenhang, Terrorismus sei nahezu 10 Jahre nach dem 11. September 2001 »immer noch eine große Bedrohung«: Im Jahr 2010 sind dem Terrorismus 7 Menschen innerhalb der EU zum Opfer gefallen.¹²

Der 2. „BIGS Standpunkt“ beschäftigte sich mit dem Einsatz von Drohnen für die zivile Sicherheit. Zweifellos ein interessantes Thema – besonders wenn der Drittmittel-Konzern EADS Drohnen zu seinem Sortiment zählt.

Was können wir tun? Sollten wir handeln? – Projekt Zivilklausel

Die aufgezeigten Verbindungen würden vermieden, wenn die Universität sich an einer sogenannten "Zivilklausel" ausrichten würde. Eine solche gibt es (neben vielen – und zunehmend mehr – anderen) in Bremen; dort lehnt der akademische Senat gemäß der Klausel »jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab«. Die Klausel fordert außerdem »die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.«¹⁴

Das kann nicht verhindern, dass zivile Grundlagenforschung auch vom Militär genutzt wird. Oder dass Krieg generell (z.B. in politikwissenschaftl. Studiengängen) mehr und mehr als "normal" betrachtet wird – und das eben nicht nur streng deskriptiv.

Aber eine Zivilklausel kann eine direkte Beeinflussung seitens des Militärs bzw. der entsprechenden Industrie verhindern. Nun mag es auch sein, dass es seitens des Militärs bzw. der bundeswehreigenen Forschungsinstitute kritische Stimmen gibt; tatsächlich wurden schon entsprechend kritische Forschungsergebnisse vom Verteidigungsministerium unter Verschluss gehalten. Andererseits ist das SoWi auch schon durch Ergebnisse aufgefallen, die im Vergleich zu unabhängigen Instituten (Forsa, infratest) deutlich positiv zu Gunsten von Bundeswehreinsetzungen ausfielen.

Eine praktikable Differenzierung der bundeswehreigenen Forschung ist nicht möglich. Eine Zivilklausel geht davon aus, dass seitens der Bundeswehr militärische Interventionen (bis auf Ausnahmen) als "normales" Mittel der Politik betrachtet werden bzw. dass eine pazifistische Perspektive aus bundeswehreigenen Betrachtungen vollkommen herausfällt.



Der Gedanke hinter einer Zivilklausel folgt auch dem Motto „Wehret den Anfängen.“ Tatsächlich sind Zivilklauseln eine Konsequenz des 2. Weltkrieges bzw. der Rolle der Wissenschaften im Nationalsozialismus.

Als z.B. 1956 das (Kern-) Forschungszentrum Karlsruhe gegründet wurde, war eine Zivilklausel von Anfang an Teil des Gesellschaftervertrags, um Kernforschung und Rüstungsforschung unter einem Dach zu unterbinden.

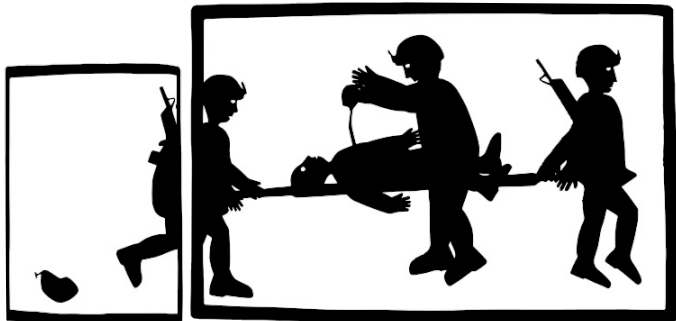
Bei einem aktuellen Gutachten zur Klausel in Karlsruhe wurde übrigens auch festgestellt, dass eine solche Klausel nicht der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre widerspricht.¹⁵

Vom Gebot zum Gesetz: Zivilklausel im Hochschulgesetz

Erst kürzlich ist bekannt geworden, dass in Bremen im Auftrag des Verteidigungsministeriums geforscht und damit gegen das Gebot der Zivilklausel verstoßen wurde. Ähnliches ist auch von der TU Berlin bekannt (die auch eine Zivilklausel hat).

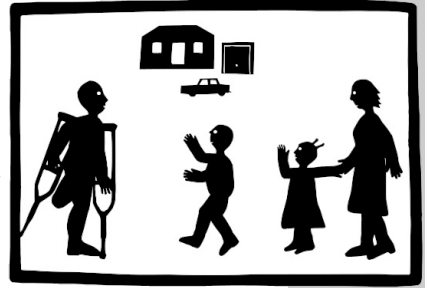
Um wirklich wirksam zu sein, darf eine Zivilklausel nicht nur ein kurzes Lippenbekenntnis der Universität sein, sondern muss im jeweiligen Landeshochschulgesetz verankert werden. Das war zum Beispiel in Niedersachsen jahrelang Realität.

In Potsdam sind wir noch weit davon entfernt. Zeit, zu beginnen.



Anmerkungen

- ¹ Öffentliche Mitteilung der Universität, nachzulesen unter:
<http://www.uni-potsdam.de/u/putz/feb96/s04-1.htm>.
- ² Pressemitteilung, zu finden unter:
http://www.uni-potsdam.de/pressmitt/2002/pm025_02.htm.
- ³ Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006, S. 67.
Gibt's digital unter <http://www.bmvg.de> → Sicherheitspolitik → Angebote → Dokumente → Weißbuch.
- ⁴ Elisabeth Noelle-Neumann: Öffentliche Meinung. Rede der Leiterin des Allensbacher Instituts zur Einführung in die Arbeit der Akademie am 8. Oktober 1990 in Waldbröl, in: Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (Hg.): Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Waldbröl 1992, S. 30. (Von der Akademie kam mindestens ein Dozent des „Military-Studies“-Studiengangs).
- ⁵ So geschehen 2007 beim G8-Gipfel in Heiligendamm.
- ⁶ Es handelte sich um MGFA und SoWi, das Zentrum für Transformation, das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das Versöhnungszentrum Garnisonkirche; ein offener Brief mit kritischen Fragen zu Letzterem findet sich hier: <http://ohnegarnisonkirche.wordpress.com/2012/05/08/>.
- ⁷ Aus einem Flyer bzw. der Studienordnung vom 23. Februar 2006.
- ⁸ Aus der neuen Studienordnung vom 25. Mai 2011.
Ähnliches findet sich natürlich auch in vielen Studiengängen ohne Bundeswehrbeteiligung. Module, die explizit die Dekonstruktion solcher alltagspolitischen Begriffe zum Gegenstand haben, sind hingegen (leider) nicht üblich.
- ⁹ Beschreibung SoWi-Forschungsschwerpunkt "Sozialwissenschaftliche Begleitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr", einsehbar über www.sowi.bundeswehr.de
- ¹⁰ Aus dem Jahresbericht des SoWi 2006, S.29. Dort heißt es auch: »Hauptaufgaben des Sozialwissenschaftlichen Instituts sind die angewandte streitkräfte-bezogene sozialwissenschaftliche Forschung und die dazu erforderliche militärsoziologische Grundlagenforschung.«
- ¹¹ „Institut für zivile Sicherheitsforschung gegründet“, Presseerklärung der Landesregierung Brandenburg vom 02.09.2009, abrufbar unter:
<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.172747.de>
- ¹² Aus dem jeweiligen "EU Terrorism Situation and Trend Report" (TE-SAT), einsehbar unter: https://www.europol.europa.eu/latest_publications/all/
- ¹³ Das und folgende Zitate: Dr. Tim H. Stuchtay/Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH (Hg.): Behördliche Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz – BIGS Standpunkt Nr. 4, Oktober 2011, S. 12f.
- ¹⁴ Beschluss Nr. 5113 des Akademischen Senats der Universität Bremen (14.5.1986)
- ¹⁵ Gutachten von Erhard Denniger für die Hans-Böckler-Stiftung; online abrufbar unter www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf





Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Potsdam

"Universität Potsdam – Where the military studies?"

Eine Broschüre des Referats für Antimilitarismus, Mai 2012

Überarbeitete Fassung, Oktober 2012

Die Scherenschnitte stammen aus: Jan Caspers, Anne König, Vera Tollmann, Jan Wenzel: Was Du wissen solltest (Die Zukunft), 2008. (Scherenschnitt: Jan Caspers). Vielen Dank!

Die Veröffentlichung ist im Internet abrufbar unter www.flughafen-natofrei.de -> Medien&Kunst.

Die Grafiken entstanden als Teil des Projektes "AusFlugHafenSicht", das sich mit dem Flughafen Leipzig befasst hat. Weitere Informationen unter www.ausflughafensicht.de.

Im Rahmen dieser Broschüre sollen die Bilder verdeutlichen, was "Krieg" und "Militär" als eine Möglichkeit der Außenpolitik eigentlich bedeutet. Im wissenschaftlichen Diskurs über "militärische Intervention" und "militärische Instrumente der Krisenbewältigung" kann das Bewusstsein dafür schnell verloren gehen.

Im Referat und im offenen "Arbeitskreis Antimilitarismus" beschäftigen sich Interessierte mit der Verquickung von Universität und Militär und stehen in Kontakt mit den bundesweit aktiven Zivilklausel-Initiativen. Auch Interesse? Oder Fragen?

Kontakt Arbeitskreis: antimilitarismus@mail.asta.uni-potsdam.de

Kontakt Referat: antimil@asta.uni-potsdam.de